

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grouppenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 25 Pf. Postzeitungssatz Nr. 7842.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Zeile über deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Donnerstag, den 30. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Wie weiter im Texte?

Die geharnischte Abfertigung des Antrages Kanitz durch den Landwirtschaftsminister hat bei einigen naiven Fortschritt- und Freisinnsschwärmern die Hoffnung aufleben lassen, die Regierung könnte sich ernstlich mit den Agrariern verfeinden und dadurch schließlich gezwungen werden, sich den Liberalen, womöglich bis zu Rüdert und Richter hin, zu nähern.

Das war aber selbstredend ein lächerlicher Irrthum. Die Entrüstung der Conservativen über die Ungenügsamkeit der Regierung für den Antrag Kanitz war in Wirklichkeit nicht mehr als Comödie, und auch der ganze Harm über den Antrag Kanitz war, soweit er von den Führern der Agrarier verursacht wurde, bezuglich der größte Humbug.

Alle die wirklichen Großgrundbesitzer und Latifundien-eigentümer, die Leute, die 1000 Hektare und darüber ihr Eigen nennen und nicht grade durch besondere, mit der Landwirtschaft und ihrer angeblichen Noth nicht zusammenhängende, Verhältnisse in eine ihre Creditfähigkeit überreizende Verschuldung hineingetrieben sind — und zu diesen verändernden Großgrundbesitzern gehört sowohl der Hochadel als die G. af Kanitz, wie der unermüdete Nothstands-schreier v. Plöz, — sie alle bedürfen einer Saatshilfe, wie sie die Verstaatlichung der Getreidezufuhr und die Festlegung des Getreidepreises nach Maßgabe des Antrages Kanitz darstellen würde, ebenso wenig, wie die „stillen, ruhigen, schlesischen Landolente“, über deren Bedürfnisse der Fürst Bismarck den Landwirtschaftsminister so erfolgreich belehrt hat.

Bei der Studienreise des Landwirtschaftsministers in Oberschlesien wurde offenbar der letzte Act oben erwähnter Comödie abgelehrt, — so wie er sich jetzt im Reichstage abspielt.

Nach dem Wunsche und Willen der größten unter den preussischen Latifundienbesitzern, der in G. af Kanitz hundert von willkürlichen schweren Grundbesitzern, des Fürsten Plöz, des Herzogs von Wist, Herzogs von Ratibor, Fürst Stolberg etc., konnte und sollte jetzt der Antrag Kanitz mit Punkten und Tropfen begraben werden; er hatte seine Schuldigkeit gethan, — die Heuler der kleineren Rittergüter und alle übrigen Landwirtschaftsbetriebe vor mittlerer Größe jahrelang am Na renselte der im Bunde der deutschen Landwirtschaft führenden Großgrundbesitzer festgehalten.

Nun kann er in der Basenkung verschwinden. Daß die Kanitz und Plöz vorbereitete waren auf dieses Ende mit Schrecken, w. lies ihr Stückenpfeid nehmen sollte, daß sie von dem Bismarck und Genossen nicht im Unklaren darüber gelassen worden sind, daß die es Spezialeinblick nun end ich beendet werden mußte, daran kann wohl nicht ge zweifelt werden. Da er auch das „würdige“ Benehmen des conservativen Führers, des Freiherrn von Mantuffel, und die „maßvolle Mäßigkeit“ der ganzen conservativen Fraction, nach dem anfänglich so greulichen Zergewehr im Reichstage.

Um dem Publikum und der Masse der Mitglieder des Bundes der Landwirthe noch nach Rüdert's Stand in die Augen zu streuen, wurden Haas allerlei unheimliche Ge-

rüchte verbreitet. So hieß es z. B., die conservativen Fraction habe sich in einer ihrer neuesten Sitzungen mit einem angeblichen Wunsche des Landwirtschaftsministers beschäftigt, nach welchem die Ausschließung des Bundes vorstehenden Plöz aus der conservativen Partei beschlossen werden sollte.

Die „Schlesische Zeitung“ beruhigte schon am Abend des 27. Januar höchst ernsthaft ihre Leser, daß nie und nirgend auch nur mit einem Worte etwas von einem solchen Wunsche der Regierung laut geworden sei.

Dafür versicherte die „Schlesische Zeitung“ nicht minder ernsthaft, daß der Herr Landwirtschaftsminister „seinen Frieden“ mit Herrn v. Mantuffel gemacht und daß er diesem hinsichtlich seiner bekannten Resolutionsanträge bei der Abweisung des Antrages Kanitz die beruhigendsten Erklärungen abgegeben hat, sei kein Geheimniß mehr. Die Entfernung des Herrn v. Plöz aus der conservativen Fraction habe er aber ganz bestimmt mit keiner Silbe als wünschenswerth bezeichnet.

Wörtlich fährt die „Schles. Ztg.“ fort: „Hat Herr Freiherr v. Hammerstein Logen sich über den Ton in der Presse des Bundes der Landwirthe beklagt, hat er auf diesen Uebelstand als auf die Ursache seiner Gereiztheit hingewiesen, so ist das kein Wunder und nicht er allein, sondern mit ihm die „Agrarier“ wünschen, daß die aedachten Organe sich stets einer angemessenen Sprache befleißigen möchten. Inwiefern weiß der Landwirtschaftsminister ganz gut, daß der durch und durch conservativen Abgeordnete v. Plöz an diesem Uebelstände nicht die Schuld trägt.“

Natürlich — der v. Plöz ist ein ehrenwerther Mann, und der Kanitz, der Mantuffel, der Limburg Surum, der die Reichstagswähler des Breslauer Landkreises nicht minder vorzüglich agrarisch im Reichstage vertritt, — schlesische Bauern nennen das ungerathene Wisse beammert, — sie alle sind ehrenwerthe Leute.

Es fragt sich jetzt bloß, wie der Titel der neuen Comödien, die die agrarischen Mimen den mittleren und kleinen Landwirthen fortan vorkaufeln werden, lauten sollen, — und ob „die rettende Doppelwährung“ und „die ver-rückte Börse“ noch als Zugstücke ihre Schuldigkeit thun werden.

Abwarten! Wir denken, daß der Landwirtschaftsminister mit seiner anerkanntenswerth energischen Abtrumpfung der unverschämten Kanzerlei gar manchem der überpöhlten Bauern die Augen etwas weiter geöffnet haben wird, als den Kanitz, Plöz, Mantuffel, Limburg-Surum und Consorten, und nebenbei auch ihm, dem Minister selber, und der Regierung lieb sein wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 29. Januar.

Aus dem Reichstage. Eine wichtige und interessante Sitzung hatte der Reichstag heute am Schwerinstage. Es that der Bedeutung der Verhandlungen keinen Abbruch, daß die Bänke des Hauses schlecht besetzt waren, und daß der Ministertisch von Beginn

bis zum Ende der Sitzung leer blieb. Gründe innerer Natur hoben die heutigen Debatten aus dem Rahmen der alltäglichen Parlamentsarbeit heraus und werden sie wie einen Wadmal durch das Land gehen lassen. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr, Staatsstreikgefahr wagen sich ungeheuer in die Öffentlichkeit, und wissen die Reaction fähig ist, das zeigen die Vorgänge in Sachsen. Da war es sehr an der Zeit, daß die deutsche Volksvertretung zu diesen Erscheinungen Stellung nahm, und das wurde heute gründlich befragt. Zwei Anträge standen auf der Tagesordnung, die äußerlich nichts mit einander gemein haben, aber darin zusammenstreffen, daß sie beide bestimmt sind, die Rechte des Volkes zu schützen und zu erweitern, der Rüdert'sche Antrag auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und der Antrag unserer Fraction, der freies Vereins- und Coalitionsrecht für Deutschland schaffen will. Der Rüdert'sche Antrag ist ein recht alter Bekannter. Seit sechs Jahren beschäftigt er den Reichstag, seit sechs Jahren wird er von der Volksvertretung angenommen und von den verbündeten Regierungen abgelehnt. Daß er auch diesmal dasselbe Schicksal erfahren wird, obwohl alle Parteien mit Ausnahme der Conservativen, von denen sich nur Herr v. Debehow absonderte, für ihn stimmten, kann nicht zweifelhaft sein. Das Fernsteilen jedes Regierungs-Vertreters — mit einer Ausnahme — spricht eine zu deutliche Sprache. Und diese eine Schwaibe verhielt auch alles weniger, als einen freihethlichen Regierungssommer. Es war Herr v. Hohenthal, der sächsische Gesandte in Berlin, der als einzige bürische Säule — kurz und bündig — am Tische des Bundesrathes stand. Er hatte auch allen Grund, den Verhandlungen aufmerksam zu folgen, denn die unerhörte Verkümmern des Landtagswahlrechts, die die sächsischen Conservativen und Nationalliberalen im Verein mit der Regierung planen, stand im Mittelpunkt der Debatte. Genosse Plöz, der Namens der Fraction eine zustimmende Erklärung zum Rüdert'schen Antrag abgab, hatte das Thema zunächst berührt, dann war der Centrum'sabgeordnete Gröber weiter darauf eingegangen und hatte das Vorgehen der sächsischen Staatsretter als ungesund und tödlich verworfen. Als dritter war Gen. Schoenlant der sächsischen Reaction scharf zu Leibe gegangen, und nun erst sah sich Graf Hohenthal zu einer kurzen Erwiderung veranlaßt. Er machte sich dabei die Sache denn doch etwas zu leicht. Um jeder weiteren unangenehmen Erörterung aus dem Wege zu gehen, erklärte er freischwebend, er wisse überhaupt nicht, ob die Regierung den Plan habe, das Wahlrecht zu ändern. Diese bedenklich an den sprichwörtlichen Herrn Haase, der von nichts weiß, erinnernde Antwort rief die schallende Heiterkeit der ganzen Linken hervor, und Genosse Schoenlant konnte constatiren, daß der sächsische Gesandte in Berlin in diesem Falle nicht zu wissen scheine, was in Dresden vor sich gehe. — Außer den Plänen der sächsischen Ordnungsmänner wurden die Stellung der Conservativen zum allgemeinen Wahlrecht ausgiebig erörtert. Herr von Stumm trat heute sehr bescheiden auf. Er wagte es nicht, seinen berühmten Vorschlag aus der Ansturzdebatte zu wiederholen und die Anerkennung des activen und passiven Wahlrechtes für alle Socialdemokraten zu verlangen. Nur zum Schluß deutete er schüchtern an, daß er die offene Stimmabgabe für das „moralisire“ halte. Diese Moral ist bei Herrn von Stumm immer selbstverständlich. Herr von Limburg-Surum konnte seinen Groll gegen das geltende Reichstagswahlrecht nur schlecht verschleiern. Wer soll ihm glauben,

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

30] **Bel-Ami.**
Roman von Guy de Maupassant.
„Um was handelt es sich?“ fragte Durcy.
„Sie wollen Marokko besetzen!“
„Ach, kein Gedanke! Ich habe ja erst heut noch bei P.rote geprüffelt, und er hat mir die Pläne des Cabinetes beinahe in die Feder dictirt.“
„Nein, Leofister, sie halten sich zum Besten. Sie fürchten, Du könntest hinter ihre Combination kommen.“
„Sich Dich doch,“ sagte Georges.
Er hatte selbst in einem Sessel Platz genommen. Sie hob ein niedriges Tabouret heran und setzte sich ihm zu Füßen.
„Da siehst Du, wie ich immer an Dich denke!“ fuhr sie in ihrem taesentem Tone fort. „Jetzt passe ich auf alles auf, was um mich herum geschäffelt wird.“
Und sie begann ihm langsam zu erzählen, wie sie seit einiger Zeit bemerkt habe, daß man ihn ohne sein Wissen zu irgend etwas hinter seinem Rücken beunze, wobei man seine Concurrency fürchte.
„Wenn man liebt wird man schau, weißt Du“, sagte sie.
„Gestern war sie erdlich hinter den ganzen Plan gekommen. Es handelte sich um ein großes, ihr großes Geschäft, zu dem im Geheimen alle Vorkehrungen getroffen waren. Glücklicherweise über ihre eigene Gewandtheit lachte sie jetzt und sprach ganz als Frau eines Finanzmannes, die da weiß, wie Börsencoups vorbereitet, Course gemacht, Hauffe und Bauffe in Scene gesetzt werden, die in zwei Speculationsfundus lautende von Reichthümern und kleinen Ne.liers ruiniren, die im Vertrauen auf den Namen angefehener, her-

vortragender Staatsmänner und Bankiers ihre Ersparnisse in Papieren angelegt haben.
„Oh, es ist ein großes Geschäft, ein großes Geschäft,“ wiederholte sie. „Walter hat übrigens alles gelernt, und darauf vertritt er sich. Es ist wirklich ganz genial.“
Die Vorrede machte ihn ungeduldig.
„Erzähl doch, erzähle doch rasch!“
„Wohlan! Seit dem Tage, wo Laroche Minister des Auswärtigen wurde, ist die Expedition nach Tanger beschlossene Sache bei ihnen. Numälig haben sie nun die ganze Marokkanische Staatsanleihe, die auf vier oder fünf undredhzig gefallen war, aufgekauft. Sie machten es es schickt, verdächtige Winkelagenten, denen man keine große Speculation zutraut, besorgten es für sie. Selbst Rothschild haben sie eingeschleift. Freilich wunderte er sich, daß Marokkaner behändig gefragt waren, aber die Namen der unbedeutenden, amüthigen Vermittler liehen die Hochfinanz kein Mißtrauen schöpfen. Ist wird also die Expedition unternommen, und wenn wir erst einmal dort sind, übernimmt der französische Staat die Binsgarantie für die Anleihe. Unsere Freunde aber werden dann fünfzig bis sechzig Millionen. Verstehst Du? Nun wirst Du auch verstehen, weshalb sie sich vor jedem Mitwisser, vor jeder Indiscretion fürchten.“
„Bist Du dessen auch gewiß?“ fragte er.
„Ganz gewiß!“ erwiderte sie zuversichtlich.
„Wirklich ein starkes Stück!“ meinte er. „Dem Schuft Laroche aber will ich das gedenken! Der Lump! Er soll sich nur vor mir in Acht nehmen! ... Er soll sich nur vor mir in Acht nehmen! Dies Gerippe von Minister wird mir schon noch in die Finger fallen!“
Nach diesem Ausbruch begann er nachdenklich zu werden.
„Man sollte das eigentlich benutzen!“ murmelte er.
„Du kannst jetzt noch Hen e kaufen“, erwiderte sie.
„Sie steht jetzt erst 72.“

„Ja, ich habe aber kein Geld zur Verfügung“, meinte er.
„Sie sah ihn bittend an. „Ich habe daran gedacht, mein Herz“, sagte sie, „und wenn Du mit ein bisschen gut wärest, mich ein bisschen lieb hättest, würdest Du mich Dir was bo gn lassen.“
„Nun das nehme ich nicht an“, sagte er bestimmt, ja beinahe so ob.
„So höre doch“, flüsterte sie mit flehender Stimme, „Du kannst Dich, auch ohne Geld zu Sorgen, daran beschäftigen. Ich wollte so wie so auf eigene Rechnung für ein hundert Franks davon kaufen, um über eine kleine Privatstatulle zu verfügen. Wohlan! Statt für zehn-tausend ich für zwanzigttausend. Du theilhaft Dich zur Hälfte. Walter möchte ich es natürlich nicht zuruckstatten. Augenblicklich brauchst Du nichts einzuzahlen. G.üdt es, so ver-dienst Du hunderttausend Franks, glüdt es nicht, so bist Du mir achttausend Franks schuldig, die Du mir zurück-zahlst, wenn es Dir paßt.“
„Nun, mit solchen Combinationen mag ich nichts zu thun haben,“ sagte er noch immer.
Nun suchte sie nach Gründen, um ihn zu bestimmen, und bewies ihm, daß er ja nun wirklich achttausend Franks auf Wort daran wage, daß er folglich auch G.üdt laufe, sie unter Umständen zu verlieren, daß sie ihm selber ja auch nichts verliere, da ja das Walter'sche Bankgeschäft die Summe austrete.
„Sie wies ihn überdies darauf hin, daß er in der „Die Franzosen“ den politischen Feldzug ja vollständig allein ge-führt habe, der das Geldamt ein möglich gemacht hatte. Er wäre sehr nato, wenn er keinen Nutzen daraus ziehen wollte.“
Er schwankte noch immer. „So behenke doch nur“, fügte sie hinzu, „daß Dir in Wirklichkeit nur Walter die

daß er für das allgemeine gleiche Wahlrecht schwärmt, so ist er auch seine Gegnerschaft leugnet. Und die wunderbare Construction, mit der er heute an die Öffentlichkeit trat, ist auch nicht geeignet, ihn von diesem dringenden Verdachte zu reinigen. Der Herr Graf hat nämlich erwidert, daß das Reichswahlrecht einen Ausgleich bedeute für das preussische Dreiklassenwahlrecht. Werde das letztere vorwärts reviviert, so müsse das Reichstagswahlrecht rückwärts reviviert werden. Und zu diesem Fortschritt ist er natürlich bereit. Zum Glück hat das Reichstagswahlrecht verlässlichere Freunde, als die Conservativen. Seine Sicherung liegt in der Wachsamkeit des Volkes, und zu dieser Wachsamkeit wieder einmal angeregt und aufgefordert zu haben, darin liegt die Bedeutung der Debatten über den Reichstagsantrag. Und darin liegt auch die Bedeutung unseres Entwurfes eines einheitlichen Vereinsrechtes für Deutschland. Nur begründete ihn in einer ausgezeichneten anberathenden Rede, die mit seinen besten oratorischen Leistungen auf gleicher Höhe stand. Sie hier zu zerlegen ist nicht der Ort, ihre eingehende Kritik kann nur dringend empfohlen werden. Auf den Inhalt des Entwurfes wird am nächsten Mittwoch eingegangen werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch zunächst die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern. In Folge einer Beschwerde des Centrumsabgeordneten Brandenburg über Bevorzugung der evangelischen Staatsbürger vor den katholischen in der Befugnis von Beamtenstellen kam es zu einer Kulturkommissionsdebatte, die, wie alle diese Debatten befolgt Gegebenheit, im Sande verlief. Die sodann vorgenommene Beratung des Etats des Landwirtschaftlichen Ministeriums benutzte die Agrarier, um an den Landwirtschaftsminister durch den Mund des Abgeordneten von Heydebrandt die Frage zu richten, was die Regierung nach Ablehnung des Antrages König zum Gehalt der Reich der Landwirtschaft zu thun gedünke. Da der Minister nicht sofort antwortete, erhob sich ein anderer Agrarier, der Centrumsabg. Graf Strachwitz und nach diesem der Conservative von Puttkamer. Plauth um Herrn von Heydebrandt zu secundieren. Erst als ihm von agrarischer Seite verifiziert wurde, daß sein Angriff auf ihn geplant sei, schloß sich der Minister dem Landwirthschaftsminister anerkennend und versprach, alles zu thun um bessere Zustände herbeizuführen; aber mit dem Antrag König solle man ihm nicht kommen. Der Tag, in dem diese Rede und die Reden der Agrarier gehalten waren, löst auf eine Auslösung zwischen beiden Kämpfern. Die Debatte erhielt bei dieser Gelegenheit eine scharfe Abtönung vom Reich. Am Donnerstag steht die erste Lesung des Lehrerbeförderungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Keine Nahrungskonferenz; Der Ablehnung des Bundesraths, eine internationale Münzkonferenz anzusetzen, ist nach Andeutungen des östl. östl. Corr. nicht ohne eine Kundgebung des Reichstages bei den einzelnen Regierungen vorhergegangen, sondern auch eine Entzweiung nach London, wie die englische Regierung über die Möglichkeiten der Silberpreis zu heben. Demnach ist kein dabei Vorschläge in der bezeichneten Richtung nicht gemacht worden. Dagegen ist dem wohl auch die Antwort der englischen Regierung eingelaufen, von der man ohne weiteres annehmen kann, daß sie positive Vorschläge zur Lösung der Probleme auch nicht beigesteuert hat. Bei dieser Sachlage wäre die Berufung einer Münzkonferenz zweifellos gewiss selbst wenn die deutschen Regierungen bimetallistischen Abkommen weniger abgeneigt waren, als sie es in Wirklichkeit sind.

Opfer fallen hier! Der Bericht der Berliner Tageszeitung über die Berliner Convention der Arbeitervereine, von dem man allgemein glaubt, daß es sich um ein Opfer, die er finanziell überaus günstig sei, aus den Reihen eines reichhaltigen, wohlhabenden und gebildeten Kreises noch mehrere. Die langjährige Bekanntheit der

einzelner conservativer Männer ist viel weniger auf die Noth der Landwirthschaft, über die sie öffentlich sprechen, als auf schwerer Schädigung durch den eifrigeren Freund und Parteigenossen zurückzuführen, die sie weise und schmerzhaft schweigend tragen. Eines dieser Opfer hat Herr von Kröcher in seiner Rede gesagt, ohne den Namen des Vermittlers zu verrathen, den alle Vorsicht, daß noch ein bestimmter zahlungsfähiger Dritter auf dem Wechsel stehe, und daß dieser nun bei der ritterschaftlichen Verwertung seiner einmal gegebenen Unterschrift geschäft hat. In parlamentarischen Kreisen erzählt man den in der Geschichte der conservativen Partei oft genannten Namen dieses Opfers und die hohe Summe, um die es sich handelt. Als Ergebnis der niederen Jagd des edlen Freiherren sind neben dem Edelwild bekannte Restaurateurs und Weinändler mit Summen von einigen Tausenden angehoffen worden. Ein pommerischer Gutbesitzer soll sehr erregt werden, wenn man ihm die harnlosen Worte citirt: „O, bitte, Ihr Wort genügt mir, Herr Baron“. Mit dieser vertrauensvollen Wendung hat er nämlich als Tourist in Tirol dem Freiherren von Panmerstein abnunglos einige Tausend Mark vorgestreckt, die dieser nothwendig zu seiner Flucht brauchte. Jetzt hat er zum Schaden auch noch den Spott, da ist der Herr Erzbiichhof Stabilewski in Posen besser dran; der kann sich mit der angenehmen Erinnerung trösten, daß er den finanziellen Anzweiflungen des Mannes glücklich entgangen ist, der an der Spitze des Antrages zur Herbeiführung der Selbsthändigkeit der evangelischen Kirche stand. Er hat wirklich den Primas von Polen in seiner Dilemma aufgelöst: wer will es diesem verdenken, wenn er zunächst eine vollständige Revision des einschlägigen conservativen Publicisten und Parteiführers veranlaßt hat. Als sich herausstellte, daß ein Pund von etwa 20,000 Mark der Zweck des Besuches war, ging die Divonahme der Kirche ohne Schaden aus diesem Intermezzo hervor. Der Primas von Polen ist jetzt ein nicht mehr der Name. In einer anderen Beziehung hat Hammerstein Glück: Die Unterabteilung des Söderfunds ist inzwischen veräußert. Er hat die juristische Duldung und Versicherung und die Versicherung eines nahe Beteiligten praktische Erfolge aufzuweisen. Um so mehr aber mußte dieser für den Zweck gegen Hammerstein unsichere Punkt öffentlich aufgestellt werden. Die Unterabteilung dieses Fonds war vor einem Jahre nicht nur bekannt, sondern auch bewiesen. Das hat Herr von Kröcher trotz einer gewissen Öffentlichkeit doch schonend übergegangen. Wenn nun das Comité der „Kreuzzeitung“, wie man dort, sich gegen die Kröcherische Darstellung rechtfertigen will, so empfehlen wir den Herren, daß sie den Herrn preisgeben, der die Angelegenheit der Unterabteilung des Söderfunds unterdrückt hat. Thun sie das, so ist für die anderen viel gewonnen, und dann wird man nicht hart urtheilen, wenn sie sagen: Weßhalb sollten wir einem Comitémitglied denn mehr Courage vor der Hölle des „nervösen“ Freundes haben als Parteileitung und Direction, die nach Kröchers aufwählender Entschuldig wenigstens durch ihre Vorposten unterrichtet waren?

Wenn conservativer Verine des zweiten Berliner Kreiswahlkreises haben die Gelegenheit des Kaisergeburtstages dazu benutzt, eine salutante Uebertreibung des Vereinsgesetzes zu begehren, indem sie in dem „Volksgesundheits-Kammer der Philharmonie“ zusammenkamen. Oberbürgermeister Dr. D. von Krause hielt die Rede, in der er die goldenen Reine paffen ließ, die vor 25 Jahren das Vaterland einliefen, und des braven Heeres gedachte, das mit seinem Rute den Rudertubd zwischen Nord und Süd und West und Ost leitete. „So zu lesen in der „Kreuzzeitung“ Allgemeine Zeitung“. Wir würden den Verfall nicht einräumen, wenn wir nicht die feste Uebertreibung hätten, daß den Herrschaften nicht das Grungste paffen wird, verlaumen aber auch die Gelegenheit nicht, die conservativen und agrarischen Blätter an ihre Behauptung zu erinnern, solche Uebertreibungen des Vereinsgesetzes würden zwar von Socialdemokraten und Freiwählern, nie aber von Conservativen bezogen.

Gegen die Colportage richtet sich eine Verhinderung des Justizministeriums, die es den Conservativen auf Grund des § 56 der Gewerbeordnung verbot, keine Druckblätter im Ubergange zu verkaufen. Die Verhinderung in diesem Punkte hat angeblich ein Verbotswort gegeben, das den Fall Jütten und die Geschichte des Bismarck in Romanform behandelt.

Militarismus und Christenthum. Das „Hannoversche Volksblatt“ schreibt: „Wegen einer am Gange befindlichen Uebertreibung des Vereinsgesetzes (des Vereinsgesetzes) hat der Kaiserliche Hof die Befehle des Reichstages in Romantisch behandelt.“

Duells aus Gottes Wort gekraft hatte, die Militärseelensorge gekündigt worden. Nachdem kein anderer Pastor in Sehe, Gesehmünde und Bremerhaven unter diesen Umständen die Seelensorge hätte übernehmen wollen, hat man nunmehr dem Pastor Stähle diese wieder von neuem angeboten; dieser hat sich auch bereit erklärt, sie weiter zu übernehmen. — Und wenn er nun wieder einen im Duell Gefallenen zu beerdigen hat? Was dann?

Die Bewegung gegen die geplante Verschlechterung des sächsischen Landtagswahlrechts ist in letztem Wochen begriffen. Nicht nur halten die Socialdemokraten fortwährend meist glänzende Protestversammlungen ab, nein auch in anderen Kreisen rührt es sich gegen die Mehrpartei und Consorten. Das „Sozialistische Arbeiterblatt“, das von einem conservativen Herrn v. Schöner redigirt wird, wendete sich dieser Tage in einem Artikel, „Laß Dich nicht gelassen Deines nächsten Rechts“ der auch als Flugblatt verbreitet wurde, scharf gegen die geplante Vergewaltigung der Rechte der Arbeiter. Es heißt in dem Artikel, der großes Aufsehen verursachte:

„Ist denn die socialdemokratische Arbeiterschaft überhaupt ein zu vernachlässigender Factor, oder eine Masse, deren Rechte man mit Füßen treten dürfe? Ist denn andererseits aber nur ein Schatten von Gefahr da, daß ihre Vertreter unter unserem heutigen Wahlrecht die andern Parteien unterdrücken könnten? Bedenke damit die Herren der alten Parteien hübsch angeordnet, ihre Rednerreihe auszuweichen können, sitzen sie nicht im Landtag. Der Landtag soll eine Vertretung des ganzen Volkes in seiner mannigfachen Gliederung sein. Was schadet es, wenn dann die Geister mal aufeinander schlagen, trotz aller Ordnungsrufe kommt doch mehr geistige Arbeit heraus. Die Herren wollen die Socialdemokraten heraus haben, aber gleichzeitig auch eine Vertretung aller unbemittelten Schichten nach Möglichkeit erschweren, oder glaubt Ihr, die „Klassen-Abgeordneten“ werden Eure Interessen wahrnehmen, Ihr Handwerker, Landwirthe, Bediensteten und Arbeiter? Wer denkt von diesen Herren, daß heute zu den Gütern, die zu begehren uns das 10. Gebot wehrt, auch die zugestanden staatsbürgerlichen Rechte gehören? Sie sind gerade für die Unbemittelten ein unerschöpfbares Gut, auf dem ihr berechtigtes Selbstgefühl beruht. Gehr könnten die Herren an politischen Rechten ein Opfer bringen, denn ihnen bleibt doch immer noch das volle Schwergewicht, welche sociale Stellung und wirtschaftliche Macht ihnen unwillkürlich verleiht. . . . „Reichesse oblige“ (Reichthum verpflichtet) sollte so gut in aller Munde sein wie „Noblesse oblige“ (Adel verpflichtet). Dürfen wir unsere Klasse Kammer an dieses Wahlrechts Sinn erinnern, in der Hoffnung, daß sie seinen Beschluß der Zweiten Kammer sanctioniren wird, der nicht gründlich und allseitig von der öffentlichen Meinung erörtert worden ist? Wir bliden zu den Vertretern unseres Adels, unserer Kirche, unserer Wissenschaft und unserer Städte emporkommen und hatten der Antwort!“

Die conservativen „Dreißigsten“ lassen sich ebenfalls scharf aus gegen jene Pläne und die damit bekundete Furcht vor den Socialdemokraten. Sie schreiben:

„Was fürchtet man eigentlich? Antwort: den Umsturz des sächsischen Staats- und Gesellschaftsordnungs. Weßhalb? Weil die Socialdemokratie ein Viertel der Bevölkerung der Kammererwerb erobert wird. Und dann? Dann werden wir sie nicht länger von den Deputationen fernhalten können. So laßt sie doch herein! Ja, dort werden sie doch nur Scandal machen. Aber ihr habt es ja noch gar nicht versucht! Daß werden wir auch schon bleiben lassen. Habt ihr denn in den Deputationen Dinge zu verbergen, die das Licht zu scheuen haben? Nein, aber das machen wir lieber unter uns ab. Aber wenn es so bequemer ist, ist es auch klug und gerecht? Thut nichts, der Jude wird verbrannt. Sind denn nicht die socialdemokratischen Abgeordneten gerade so gut wie sächsischen Wählern in die Kammer gelendet worden wie ihr? Thut nichts, der Jude wird verbrannt. Fürchtet ihr denn nicht, es könnte euch eines Tages einmal Gleiches mit Gleichem vergolten werden? Thut nichts, après nous le déluge!“

Und in der k. l. sächsischen „Leipz. Btg.“ schreibt ein conservativer Mitarbeiter folgendes:

„Wer Geschichte zu lesen versteht, weiß, daß das gute Recht die Cultur und die Vernunft niemals den Sieg verbürgt haben. Der Sieg ist stets auf Seiten der jugendlicheren, moralischen Kraft gewesen. Daß die Socialdemokratie diese verbende, rüftige, sieghafte Kraft in hohem Maße besitzt, darüber sind die bedauernden Ordnungsparteien bei allen Wahlen einig. Da giebt

gehauener Strauß vorwärts, dem Da doch mühsam viel

„Gut, ich will es gelten lassen“, erwiderte er. „Ich

„Sie nicht zu pfeifen zu ihm auf und fragte:

„Dahin Du morgen bei uns sein? Die würde ich nicht

„Ja, gern.“

„Danke, mein Herr.“

Langsam rieb sie in schmeichelnder, gleichmäßiger Be-

„Sodann wollte sie dann anfragen, daß die Haare aus-

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Ich will es gelten lassen“, erwiderte er. „Ich

„Sie nicht zu pfeifen zu ihm auf und fragte:

„Dahin Du morgen bei uns sein? Die würde ich nicht

„Ja, gern.“

„Danke, mein Herr.“

Langsam rieb sie in schmeichelnder, gleichmäßiger Be-

„Sodann wollte sie dann anfragen, daß die Haare aus-

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

„Schon!“ rief sie, sagte aber ruhig weiter: „Geh

hentlich die in die Dürte, um zu sehen, ob noch welche

„Setz' Dich da auf den Sessel“, sagte sie. „Ich setze

Er lächelte, setzte sich und sie nahm Platz, gerade so,

Sie hob den Kopf hoch, um mit ihm zu plaudern und

„Stell Dir vor, mein Herr, ich hab von Dir ge-

„Ich auch“, fiel er ein.

Er lachte und amüßte sich über die Geschichte, über die

„Auch Kloude nannte ihn: „Mein Herr, mein Käzchen,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

„Aber während er sich über ihr Gespräch belustigte,

es nur Bewunderer der Socialdemokratischen Disciplin in der zuchtlosen Masse, aber keine Nachahmer. Auf unserer Seite ist das gute Recht, die Macht der Cultur und die gesunde Vernunft. Wenn wir uns aber greifen hinter Wall und Graben bergen, so hilft uns das alles nichts. So waren die alten Römer mit ihrem guten Recht, mit den Nachmitteln ihrer hohen Cultur, mit ihrem Christenthum verloren gegen Barbaren und Heidentum, als sie es müde wurden, im täglichen Kampf ihre Brust dem Feinde entgegenzustellen, und lieber hinter riesigen Grenzwallen sich in trügerischer Sicherheit wiegten. Und war es 1789 anders? Da halfen alle die Palliaden, genannt privilegia (Vorrechte), nichts mehr. Das gute Recht und die größere physische Kraft war zweifellos auf Seiten des französischen Königs, aber die größere moralische Kraft behielt den Sieg. Darum weg mit der trügerischen Schutzwehr! Wir wollen keine Scheinruhe! Wir wollen auch künftig dem Feind offen ins Auge schauen und ihn im ehrlichen Kampfe schlagen, wo wir ihn treffen, selbst wenn das mitunter recht — langweilig ist. Wir müssen ihn an moralischer Kampfes- und Widerstandskraft überreffen, sonst sind wir bereits besiegt. Der nur verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.

Die sächsischen Reactionären werden ihren Willen trotz dem durchsetzen.

Der Pfarrer Kößliche hat gegen seine Verurteilung im Stummischen Proceß die Revision angemeldet. Am nächsten Donnerstag findet der Proceß der Pastoren Rau, Rammann und Kößliche gegen den Redacteur des „Conservativen Correspondenz“ wegen Verleumdung statt.

Die wegen Landesverrats mit dem belgischen Ingenieur verhafteten Frauen aus Mogreb, Frau Richter und ihre Tochter, sind der „Frankf. Zig.“ zufolge aus der Haft in Leipzig entlassen worden.

Weibliche Fabrikinspektoren. In der ersten badischen Kammer kam am 25. d. M. die Petition des deutschen Frauenbundes um Ersetzung weiblicher Fabrikinspektoren zur Verhandlung. Die Petition wurde gegen die Stimmen einiger Fabrikanten der Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen. Der Vorsetzer mag werden, daß Herr Commerzienrath Escipio aus Mannheim die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren nicht für nöthig hält, da es andere Wege gebe um die Klage der Arbeiterinnen an der richtigen Stelle zur Kenntniss zu bringen.

Schweiz.

Die Socialdemokraten im Genfer Großen Rath haben den Entwurf zu einem Arbeiterinnenschutzgesetz eingebracht. Der Neuenburger Große Rath hat schon vor längerer Zeit eine bezügliche Motion erheben willigt, jedoch hat die liberale Regierung noch keine Zeit zur Ausarbeitung eines Entwurfes gefunden. Vielleicht ahmen das Genfer Beispiel auch die Socialdemokraten im waadtländischen Großen Rath nach. In den westlichen Cantonen thut es sehr roth, die Capitalinteressen durch die socialen Interessen in den Hintergrund zu drängen. — Auf Antrag Wätschli's hat der Berner Handlangerbund beschloffen, die Initiative zur Einführung der unentgeltlichen Vererdigung in der Stadt Bern zu ergreifen.

Frankreich.

Die Arbeiter-Glasrütte von Carmaux hat die Hoffnungen unserer Feinde nicht erfüllt — sie hat die Arbeiter nicht gespalten. Die Differenzen, zu denen der bekannte Schiedspruch Anlaß gab, waren, wie das von vorderein für uns feststand, ganz unerblicklicher Natur. Der Beweis hierfür liegt jetzt vor in der bereits telegraphisch mitgetheilten Wahl von Carmaux. Dort galt es, an Stelle des schändlichen Weisse nemarktreuen Salvignac einen anderen Maire und Generalrath zu wählen. Die Genossen hielten Himmel und Hölle in Bewegung, um den Socialisten das Votum zu entreißen und jener Schiedspruch wurde weidlich ausgenutzt. Herr Reslénier und seine Mitarbeiter arbeiteten Tag und Nacht feberhaft. Ihr Candidat, ein Herr Souzie, hatte die Unterstützung der meisten Beamten. Der socialistische Candidat, Soulié, wurde mit Roth beworfen. Alles umsonst. Vorigen Sonntag fand die Wahl statt und die Arbeiter von Carmaux blieben sich selbst treu und der socialistische Candidat wurde mit großer Majorität, mit 1907 gegen 1567 Stimmen gewählt. Und die Arbeiter-Glasrütte reißt langsam aber sicher der Verwirklichung entgegen. Der Sieg des vorigen Sonntag wird die vorbereiteten Arbeiten beschleunigen und das Werk zu rascherer Vollendung bringen.

Die Torkin-Anleihe ist nun richtig mit 325 gegen 165 Stimmen bewilligt worden. Der herbeigerufene Generalgouverneur von Sachchina, Rousseau, der sich an der Debatte als Regierungskommissar theilnahm, und der Finanzminister Doumer haben gar nicht die Kammer von der Nothwendigkeit und Heilsamkeit des neuen Colonialpumpes überzeugt. Colonialpolitik und Pumpwirthschaft sind unzerrennlich, wer das eine will, der kann das andere nicht verwerfen — das war ihrer langen Reden kurzer Sinn. Kaufmannsversicherungen von dem fruchtbarsten Wirkung der neuen Anleihe auf das wirtschaftliche Leben der Colonie hören sich fessam an, wenn man die colonialpolitischen Erfahrungen Frankreichs vor Augen hat. Die letzten 25 Jahre Colonialpolitik haben nämlich den Steuerabfließen rund dreißig Milliarden gekostet; eine Milliarde an Oberungs- und 1 1/2 Milliarden an Organisations- und Betriebskosten. Und das Ergebnis? Das französische Co an dreizeh, das 15 — 16 mal so groß wie Frankreich und eine Bevölkerung von dreißig Millionen Köpfen zählt, besteht jährlich aus der Republique abzugeben denn 50 Millionen. — Die Torkin-Anleihe wird durch von der Regierung auf dem Wege öffentlicher Subscriptionen realisiert werden, und zwar um Fünftel von drei Prozent. Auf Anregung des socialistischen Abgeordneten Sarrasin werden die den Zeitungen bezahlten Insertionsgebühren für Publikation der Anleihe von einem besonderen Ausschuss

kontrollirt und die Rechnung Johann der Budgetcommissions vorgelegt werden. Die Spuren der Panama-Anleihe sprengen!

Der in Budapest beschlagnahmte Koffer des Arton befindet sich nunmehr hier in den Händen des Untersuchungsrichters. Im Koffer befand sich eine Depesche aus Paris vor, worin Arton zum schleunigen Verlassen Budapests aufgefordert wird. Die Depesche wurde von Artons Anwalt Royère just an dem Tage aufgegeben, da Ribot „energetische“ Schritte zur Verhaftung des Chefnannes gab. Vom Untersuchungsrichter ins Gebet genommen, weigerte sich Royère, die Person, die ihn so rasch und sicher informiert hat, zu nennen. Es steht also fest, daß sehr hohe und eingeweihte Persönlichkeiten über Artons Freiheit wachten.

Spanien.

Die Bekämpfung des Aufstands auf Cuba kostet den Spaniern außer den vielen Menschen, die dem Fieber, den Strapazen und den Waffen der Aufständischen erliegen, täglich eine Million Pesetas, deren Aufbringung bei der traurigen Finanzlage des Landes außerordentlich schwierig ist. Die spanischen Staatsmänner irren sich denn auch weidlich den Kopf darüber. In Ministerrathe vertilgen sie über eine Anleihe von 50 Millionen und die Mittel dazu, sowie über die Einführung einer Kriegsteuer für Cuba. Die Vorlage wird der Gegenstand neuer Beratungen werden. Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte, er werde die Kammern in geeigneten Moment einberufen. Da wird die Arbeit der Staatslenker auf ein neues Anleihen der Steuertraube verfallen, fragt sich bloß mit welchem Erfolge.

Parteiangelegenheiten.

Leitung.

Für die Familien unserer im Essener Meindesproceß verurtheilten Genossen gingen noch bei mir ein: Hanau a. Main, Socialdemokratischer Verein 27,94. Hanau durch G. H. 2. — Barmen Liste 53, 4. — Durch den Vertrauensmann des 9 hannov. Wahlkreises 14,75. Dortmund, Unbenannt — 50, durch G. Lehmann auf Liste 227 — 70, Liste 246 2. — Liste 268 4,20. Halle a. S. Socialdemokratische Volksbuchhandlung 92,50. Langendreerholz, von den Gemüthlichen durch H. 3,70. Von einer Rote in Arndtstraße 7,30. Summa 159,59. Am 13. Januar quittirt 54,560,76. Gesamtsumme 55,020,35.

Den Gebern besten Dank.

Wolfg. Wunderlich.

Bochum, 27. Januar 1896.

Johanniterstr. 10.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Barmen sind die Candidaten unserer Partei in der Gruppe Handwerk mit 235 gegen 163 Stimmen und in der Gruppe Industrie, wo Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, mit 1374 Stimmen gewählt worden.

Bei dem Beschluß des rheinischen Parteitages, betreffend den Reichstagsabgeordneten Schuhmacher, ist ein eigenartiger Irrthum unterlaufen. Die Solinger „Bergische Arbeiterstimme“ und die Eiderfelder „Freie Presse“ bringen folgende Berichtigung. In dem Parteitagsbericht in voriger Nummer ist ferner ein Irrthum unterlaufen, als der Leichter Antrag (Schuhmacher für unwidrig zu erklären) nicht in einer Parteiversammlung — wozu es den dortigen Genossen an einem locale fehlt — sondern von einer großen Zahl Genossen und vom Vertrauensmann unterzeichnet, dem Bureau des Parteitages eingereicht worden ist. Von einer Unterzeichnung des „Bureau der Versammlung“ konnte deshalb auch keine Rede sein.

Mit vollem Recht bemerkt in der „Rhein. Zig.“ W. S. (wohl Hofrichter) dazu: „Diese Berichtigung berührt äußerst sonderbar. Nicht bloß der Berichtstatter war in einem Irrthum befangen, sondern zum Mindesten die Mehrzahl der Delegirten. Auf den Beschlingler Antrag ist von vielen edelen Rednern als auf das Eingebung einer Partei über sammlung Bezug genommen worden. Eine Berichtigung dieses Irrthums erfolgte am dem Parteitagsnarr. Die Mehrzahl der Delegirten mußte also annehmen, es handle sich um den Antrag einer Parteiversammlung, zu welcher jeder Genosse Zutritt hatte, und nicht nur um einen, wenn auch vom Vertrauensmann unterschriebenen, aber doch nur von einer Anzahl von Genossen gefassten. Dies dürfte bei der Abstimmung von weitestgehendem Einfluß für den Einzelnen gewesen sein. Derjenigen, welche den Irrthum kannten und denselben nicht sofort auf dem Parteitagsbericht berichtigten, haben in unterzeichnetlicher Weise ein frivoles Spiel getrieben. Uebrigens wäre es interessant, die Zahl der Unterschritten festzustellen, denn der Begriff „große Zahl“ ist bekanntlich ein sehr dehnbarer.“

Essen, 27. Januar. Hier starb in der Nacht vom 25. auf den 26. Januar der Parteiveteran Daniel Ehardt an der Proletariatskrankheit. Der Verstorbene war einer der Gründer der Bergarbeiterorganisation, der er schon in den sechziger Jahren seine Aufmerksamkeit zugewandt hatte. Bei dem großen Streik des Jahres 1889 war Ehardt Führer der Essener Bergleute und zeichnete sich vor allen anderen durch Besonnenheit und weiten socialpolitischen Blick aus. In der am 7. April 1889 hat gehaltenen Konferenz der Bergleute Essens, zu der die Stadtverwaltung die Viehhofhalle hergab, präsidirte E. und mußte durch aufrichtiges geschäftliches Verhalten Ruhe und Geschlossenheit unter seinen Kameraden zu erzeugen. E. konnte auch dem Essener Oberbürgermeister die Versicherung geben, daß er für Ruhe garantire, und so blieb Essen von Militär verspart, während alle anderen Orte das herrliche Kriegsgeheer hatten. Im Essener Revier sind keine Excesse vorgekommen, und das war in erster Reihe Ehardt's Verdienst. Ehardt war es auch, der zeitig genug (24. Mai 1889) zur Wiederaufnahme der Arbeit rief. Sein Rath wurde nicht befolgt, und Massenmordregelungen war die Folge. In letzter Zeit fränkte E. immer mehr und schon lange erwarteten seine Freunde seinen Tod. In der Parteigeschichte Essens nimmt E. ebenfalls einen ehrenvollen Platz ein. Er war Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Zweigverein Essen, und war unter dem Socialistengesetz die Seele der Essener Bewegung. 1889 war er Delegirter auf dem Pariser internationalen Congreß. Immer bereit, für seine Ideen alles zu opfern, hat sich der „alte Daniel“ die Zuneigung aller Genossen in hohem Maße erworben. Er hatte keine persönlichen Feinde, und dieses ist das ehrenvolle Zeugniß, das man einem Menschen, ist er dabei charakterfest wie unser alter Ehardt, ausstellen kann.

Arbeiterbewegung.

Die Bewegung der Confectionsarbeiter und Arbeiter in Berlin in ein neues Stadium getreten; die Meister und Unternehmer in der Confections-Industrie, die behufs Verhandlung mit der Commission der Arbeiter am Montag in der Berliner Deputation tagten, haben die Arbeiterforderungen abgelehnt und dadurch gezeigt, daß sie nicht geneigt sind, den berechtigten Forderungen derselben entgegen zu kommen. Die Versammlung

die durch das Verhalten der Meister zum Theil einen recht unruhigen Verlauf nahm, war von etwa 250—300 Personen besucht. Ein Viertel der Anwesenden mochten Arbeiter und Arbeiterinnen der Confectionsbranche sein.

Gerichtliches.

Ein Arzt wegen fahrlässiger Tödtung vor Gericht. Vor der ersten Strafkammer am Landgericht II in Berlin wurde gegen den praktischen Arzt Dr. Franz von Bagebes aus Spandau wegen fahrlässiger Körperverletzung verhandelt. Eine unglückliche Operation an der erst wenige Monate verheirateten Gattin des Richters Siebert in Spandau lag der Anklage zu Grunde. Die Operation wurde von dem Angeklagten für ungefährlich erklärt, trat aber während der Bormahme Ohnmacht in Folge starken Blutverlustes und schließlich Tod durch Verblutung ein. Der Befund der Leichendefnung legte dem Angeklagten eine grobe Fahrlässigkeit zur Last. Die Operation sei zu jener Zeit überhaupt nicht erforderlich gewesen, sie durfte aber keinesfalls so wie geschehen, ausgeführt werden. Von den geladenen Ärzten kamen als Sachverständige hauptsächlich in Betracht der Kreisphysikus Dr. Rehnke und Prof. Dr. Landau. Während Dr. Rehnke den Angeklagten für den unglücklichen Ausgang der Operation allein verantwortlich machte, legte Professor Landau die Hauptschuld dem Stande der medicinischen Wissenschaft und der mangelnden Ausbildung der Studenten an den Universitäten zur Last. Operative Eingriffe, wie der in Rede stehende, würden den jungen Medicinern überhaupt nicht praktisch gelehrt, ihre Erfahrungen müßten sie erst an ihren Patienten suchen. Zudem hängt auch die Wissenschaft vielfach von der Mode ab. So mache sich jetzt eine medicinische Schule breit, die den früheren abwartenden Standpunkt verlassen und eine Behandlung lehre, die er als brutal bezeichnen müsse und die daher auch zu brutalen Consequenzen führe. Der Angeklagte schreibe diese moderne Schule vorzugehen, dann sei aber die Frau nicht das Opfer der Fahrlässigkeit des Angeklagten, sondern das Opfer der modernen medicinischen Richtung geworden. Auf Antrag des Staatsanwalts beschloß der Gerichtshof, Herrn Prof. Dr. Landau um ein schriftliches Gutachten zu ersuchen und alsdann ein Obergutachten des königl. Medicinalcollegiums einzufordern.

Zwickau, 27. Januar. Hans Blum hatte in der bekannten „Rubensstraße“ Anwesenheit auch gegen den Genossen Meißner, Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“, geklagt. Er sollte indeß in Zwickau ebenso wenig Glück haben, wie in Berlin und Plauen. Auch hier wurde in dem Urtheil die Verantwortlichkeit der Blum'schen Angriffe gerichtslieft festgestellt. Die jetzt vorliegenden Urtheilsgründe des Schöffengerichts von Zwickau sprechen u. A. von vielfach irrig überzeugten, falsch verstandenen oder flüchtig gelesenen französischen Schriftstücken, bezüglich deren Hans Blum „fahrlässig gehandelt habe“. Zu Gunsten Meißners führt das Urtheil noch an, daß er sich als Anhänger der socialdemokratischen Partei wohl gereizt fühlen konnte, besondern vor Allem durch die in der Beschuldigung des Landesverrats gelegenen Beleidigung dieser Partei seitens Blums, und zwar dies um so mehr, als jene Beschuldigung nach Lage der Sache im letzten Augenblick in den Wahlkampf geschleudert worden war, um dem Gegner, dem jede Vertheidigung genommen werden sollte, zu schaden, eine Art des Wahlkampfes, die nicht gebilligt werden kann und zur schärfsten Erwiderung reizen mußte, zumal der Angeklagte geglaubt haben mag, daß jene Beschuldigung oder besseres Wissen erhoben worden.“ Unter solchen Umständen schlug natürlich auch die Geschäftsprocuration des gewissenhaften Geschichtsschreibers fehl. Sein Antrag, Meißner zu 6000 Mark Buße zu verurtheilen, wurde abgewiesen.

Vom sächsischen Gensdarm. Der am 18. Januar von dem Gensdarm Haniann in Dorfstedt in der Verfolgung schwerverwundete Knecht Salmen ist gestorben. Haniann, der den Salmen erschossen hat, ist seitens seiner Behörde erst vor einiger Zeit mit drei Tagen bestraft worden, weil er in eine Privatgesellschaft getreten war und gedroht hatte, auf dem Haus zu werfen zu schießen, falls dieser ihn anfasse. Vor kurzem brachte der Gensdarm einem Arbeiter, der ihm angeblich Widerstand geleistet hatte, mehrere scharfe Schüsse bei, die durch die der Mann eine Anzahl klaffender Wunden davontrug. Das Schöffengericht verurtheilte damals den Arbeiter wegen Widerstandes zu 4 Monaten Gefängniß, die Strafkammer legte die Strafe auf 2 Monate herab. — Wir leben in einem Rechtsstaat; nur sind die Mittel, wodurch beherrschende Organe ihre Autorität aufrecht erhalten, mitunter etwas eigenthümlicher Natur.

Vermischtes.

Menschenwürde. Ein empfindlicher Vorfall wird dem „Vorwärts“ von einigen Personen gemeldet, welche am Montag Abend die Potsdamerstraße in Berlin passirten. In einem dortigen Koffler- und Lederwarengeschäft erschien in der siedenden Abendstunde im Begleitung einer Dame ein Herr, der sich zum Chef der Firma „Durchlaucht“ antebden ließ und ein zur Zeit im Centralhotel logirender russischer Fürst sein soll. Der Mann verlangte a. A. Hundepfeifen zu kaufen. Ihm wurden solche in entprechender Auswahl vorgelegt, doch erhob er Bedenken wegen der Haltbarkeit der Waare; es sei vielleicht möglich, die Pfeifen im Geschäft selber auszubrobieren. Die Durchlaucht wunke einem vierzigjährigen Kaufburschen, der sich im Laden aufhielt, heran und bot ihm eine Pfeife, wenn er einen Schlag mit der Pfeife aushalten wolle. Der Knabe willigte ein; Durchlaucht holte herbe aus und ersuchte dann den Chef, an den Burschen fünf Mark auszugeben. Am einem anderen Knaben gleichen Alters wote Durchlaucht das Experiment etwas ausgedehnter; für etwa sechs Schläge wurden diesem 13 Mark gespendet. Dann ließ Durchlaucht den draußen haltenden Droschkenträger hereinrufen, der die Ehre gehabt hatte, ihn vor die Thür zu fahren. Dieser bekam in verschiedenen Intervallen eine sehr beträchtliche Anzahl Hiebe, die im Ganzen mit 23 Mark entschädigt wurden. Während diese Executionen vollführt wurden, hatte sich selbstverständlich vor dem offenen Ladenfenster ein großer Zuschauerkreis angeammelt, der in lauten Worten seiner Empörung Ausdruck gab. Der Inhaber des Geschäfts machte den Fürsten auf diesen Umstand aufmerksam. „Ach was“, meinte dieser, „was die Geschichte kostet, zahle ich!“ Er hat dann noch einigen anderen im Geschäft thätigen Personen drei Mark und dann, als diese die Zumuthung empört zurückwiesen, bis vierzig Mark, wenn sie sich zur Abwechslung seinen Geistes hingeben wollten. Durchlaucht hatte aber — zur Ehre der in Frage kommenden Männer sei es gesagt — keinen Erfolg mit seinem Gebot; leider hatte auch keiner den Muth, dem rohen Menschen selber eine Reaction zu entheilen oder wenigstens zu bewirken, daß die Durchlaucht auf ihren Selbstzustand unterucht werde. Nachdem der Kunde zwei Pfeifen einzeln gekauft und endlich seine Einkäufe beendet hatte, verließ er das Geschäft am Arm der Dame, die dem ganzen empfindlichen Auftritt mit rohem Lachen zugehört hatte.

Ein ausgezeichneter Antisemite. Der Drucker des antisemitischen „Kupfsalz, Perold“ und der „Rudolfen Freiheit“, Druckereibesitzer Lauer in Mannheim, ist durchgegangen und hat seinen zahlreichen Gläubigern 28 Nachsehen gelassen. Um sich wenigstens seinen Arbeitslohn zu sichern, hat sein Personal den Concurß beantragt, nachdem schon vorgeföhrt ein Gläubiger einen Theil der längst gepfändeten Druckerei-Einrichtung hat pfänden lassen. Das mit so großem Geschrei in die Welt getretene Antisemiten-Blättchen hat es auf 17 Nummern gebracht, sein Pendant die „Freiheit“, die vorläufig abgekumert ist, auf zwei. Vielleicht nimmt sich eine darmberaige nationalliberale Druckeret derselben an.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

26. Sitzung vom 29. Januar 1896 — 1 Uhr.

Präsident v. Suol eröffnet die Sitzung. Zur Beratung steht zunächst der Antrag Ricker und Gekoffen, auf bessere Wahrung des Wahlgeheimnisses durch Abänderung des Wahlgesetzes.

Abg. Ricker verzichtet auf eine ausführliche Begründung des Antrags, der nun schon seit sechs Jahren das Haus beschäftigt. Er weist auf Baden hin, wo einzelne Forderungen des Antrags bei den badischen Landtagswahlen schon eingeführt seien. Er hoffe, daß der Antrag mit großer Majorität angenommen werden wird.

Abg. Baffermann (natl.) spricht im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrage aus. Die Erfahrungen in der Wahlprüfungscommission drängen auf bessere Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses hin.

Abg. Dr. Schädlcr (Chr.) ist ebenfalls für den Antrag und hofft, daß die veränderten Regierungen das gute Beispiel Badens bald nachahmen und dem Antrag Folge geben werden. Die Stimmen wollen nicht zur Ruhe kommen, die an unierem Wahlrecht rütteln wollen. Wir haben unser gleiches und geheimes Wahlrecht, halten es und lassen es uns nicht nehmen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Kp.) Wenn der Vordrner sagt, es solle von keiner Seite am Reichswahlrecht gerüttelt werden, so sollte er auch nicht für den Antrag stimmen. Er sei auch für die Sicherung der Wahlfreiheit, bezweifle aber, ob der Antrag Ricker geeignet sei, diese Wahlfreiheit zu garantieren. Es würde bei dem Ricker'schen Verfahren sehr viel leichter sein als jetzt, dummen Leuten einen falschen Zettel unterzuschreiben. Wollte man die moralische Seite der Wahl haben, dann ändere man die Art der Stimmenabgabe. (Abst. links.)

Abg. Bloß (Soz.) Wir stellen keine Sonderanträge, weil wir das Ganze nicht abschneiden wollen, wenn wir auch an dem Antrage einiges auszusetzen hätten. Nur auf eine kleine redactionelle Forderung möchte ich aufmerksam machen, die die Antragsteller eventuell vornehmen könnten. Es steht im § 10 des Antrages, daß die Stimmzettel von weißem Papier sein sollten und im § 11, wo ausgeführt ist, welche Stimmzettel ungültig sein sollen, steht die Bestimmung, daß auch diejenigen ungültig sein sollen, die nicht von diesem Papier sind. Das müßte redactionell geändert werden. Wir theilen den Dekretismus, den diese und jene Seite über die Stellung der Regierungen zu dem Antrage hegt, nicht so ohne Weiteres. Wenn es emeritend wahr ist, daß die badische Regierung sich zu Wahlreformvorschlägen etwas geneigter gezeigt hat als andere, so dürfen wir andererseits auch nicht vergessen, daß die sächsische Regierung mit Wahlreformvorschlägen hervorgetreten ist, die uns abnen lassen, wie man auf dieser Seite etwa bereit ist, Nachgebildete zu zeigen gegenüber dem vorliegenden. Die sächsische Regierung ist ja nicht einmal mit dem in Sachsen bestehenden Censuswahlrecht zufrieden und brüht unter der Forderung die Socialdemokratie aus ihrem Landtag auszukücheln, das vresächsische Dreiklassenwahlrecht in Sachsen einzuführen. Daraus darf man wohl entnehmen, daß auf großes Entgegenkommen gegen den Antrag Ricker nicht zu rechnen sein wird. Immerhin möchten wir die Verwirklichung dieser Vorschläge, die in der That notwendig sind, nicht nur um den Terrorismus bei den Wahlen zu besorgen, sondern auch das Wahlgeheimnis zu wahren, sondern auch, damit sich das Haus überhaup für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Von einer socialdemokratischen Ueberwindung der Wahlen, von der Abg. Baffermann sprach, ist mir nichts bekannt. Wie sollten wir es mit unierem rein moralischen Wahlrecht anfangen, eine solche Ueberwindung einzuführen? Von dem Stumm hat heute eine außerordentliche Sanftmuth an den Tag gelegt. In dieser Gehalt und Besinnung habe ich ihn bis jetzt nicht kennen gelernt. Die trübseligen Gerüchte, die er verbreitet

sind recht untergeordneter Natur. Vor nicht gar langer Zeit hat Herr von Stumm ganz andere Anschauungen über die Abänderung des Wahlrechts hier vorgetragen. Bei der Beratung des Umliruzgesetzes hat er die Follen seiner Seele aufgethan und uns gezeigt, wie er sich das Wahlrecht eigentlich wünscht. Er meinte, es solle dahin abgeändert werden, daß Jeder, der sich als Socialdemokrat bekenne, sein Stimmrecht mehr haben solle. Das wäre in der That die einschneidendste Kürzung des allgemeinen Wahlrechts. Wie sollten wir solche Aeußerungen vergessen, und wie kann Herr von Stumm glauben, daß man ihn als harmlose Erscheinung gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht aufsaßt? Es giebt eine Menge von Leuten, die die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts um jeden Preis wünschen. Es giebt draußen im Lande eine Richtung, die auf der einen Seite uns als sogenannte Umliruzpartei vom allgemeinen Wahlrecht ausschließen will und die andererseits das allgemeine Wahlrecht, wenn es nicht auf gesetzlichem Wege geht, auf ungesetzlichem, gewaltsamem Wege beseitigen möchte. (Sehr richtig! links.) Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, wenn sich die Mehrheit dieses Hauses für diese Anträge erklärt und sich damit indirect für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts ausspricht. Man hat mir das letzte Mal zum Vorwurf gemacht, daß wir eigentlich nur eine Demonstration beabsichtigen, das liegt uns vollständig fern, denn es ist uns verdammt ernst mit dieser Angelegenheit. Sie ist für uns noch viel wichtiger, als für die anderen Parteien. Wenn die Mehrheit des Hauses sich wieder für diese Anträge ausspricht, so können wir dem fruchtig zu und lassen es auf als beste Antwort gegen jenes Demagogenthum, das draußen im Lande den gewaltsamen Umliruz des Wahlrechts fordert. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Frhr. v. (Anst.) hält es für notwendig, daß das geltende Wahlrecht durch den Antrag vervollständigt werden muß und wird deshalb für den Antrag stimmen. Es wäre ihm lieb gewesen, wenn bei dieser Gelegenheit auch die Erweiterung des passiven Wahlrechts durch Gewährung von Dänen Vortritt worden wäre. Da noch einige redactionelle Aenderungen in dem Antrage anzubringen seien, so sei er ebenfalls für Ueberweisung des Antrags an die Wahlprüfungscommission.

Abg. Seck (frei Fr.) wendet sich gegen die Commissionsberatung und bittet den Antrag gleich in erster und zweiter Lesung hier anzunehmen.

Abg. Dr. v. Wolzlegler (Soz.) wünscht, daß auch dem politischen Boibe die freie Ausübung des Wahlrechts gewährleistet werde und ist für den Antrag. Die deutschen Unternehmern mögen auch bei der Wahl ihre Autorität gegen seine politischen Volksgenossen.

Abg. Gröber (Cent.) hält eine Commissionsberatung für überflüssig. Dem Abg. Bloß wolle er sagen, es sei sehr schwer festzustellen, was was ist und was nicht. Vom Plenum seien einmal Stimmzettel für weiß erklärt worden, die von der Wahlprüfungscommission als blaue bezeichnet worden waren. Zur allgemeinen Wahl, geht eine geheime Wahl, ohne sie ist keine allgemeine Wahl durchbar, das wolle er Herrn von Stumm erwidern. Das allgemeine Wahlrecht habe auch sehr gute Seiten, es würde die politische Parteien auf, es schärft die politische Erkenntnis. In dem politischen Wertreith der verschiedenen Parteien liegt die Garantie für culturellen Fortschritt. Gegenüber den Behauptungen der sächsischen Regierung das Dreiklassenwahlrecht anzuführen wolle er den bestimmten Ausdruck des Herrn v. Stumm einren der das Dreiklassenwahlrecht das alte Wahlrecht genannt hat. Ist es dem Herrn von Stumm wirklich um die Wahlrecht zu thun, so würde er doch für den Antrag. Bei einem einmüthigen Votum des Reichstags und der Bundesräthe müßte weniger hyperbhoris werden. Schlußwort will ich noch bemerken, daß man auch in Badenberg von einer Erweiterung der Sicherung des Wahlgeheimnisses gesprochen hat.

Abg. v. Stumm (Kp.) glaubt, daß vier Fünftel des deutschen Volkes für den Antrag wären. Die vorgelegenen

Wahlgesetze seien notwendig, um amtliche Wahlbeeinflussungen zu verhindern, wie sie besonders arg im Wahlkreise des Herrn von Karboff-Wels-Wartenberg bei der letzten Wahl vorgekommen seien. Nicht weniger als 30 Gemeindevorsteher hätten amtlich für Herrn von Karboff agirt. In Wahlkreise Meseritz-Bornitz hätte Gemeindevorsteher den Antifemiten die Versammlungssäle abgetrieben. Ebenso stimmt die Beeinflussung der ländlichen Wähler durch die Großgrundbesitzer. Künstlich gefaltete Stimmzettel hätten bei der Karboff'schen Wahl eine große Rolle gespielt. Der Abgeordnete von Stumm habe heute den geheimen Gedanken der ganzen Nation, die Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts auszusprechen (Widerspruch und Gelächter rechts). Der Vortritt für diese Absicht haben Ihre Beirungsgenossen in der sächsischen Kammer erbracht (Unruhe rechts). Ihre Partei geht damit um am allgemeinen Wahlrecht zu rütteln (Lärm rechts). Dieser Versuch gegenüber haben wir allen Grund, dem Ricker'schen Antrage zuzustimmen und zwar ohne Commissionsberatung.

Abg. Dr. Schoenlant (Soz.): Die allgemeine Lage ist allerdings darnach angethan, daß der hier vorliegende Antrag ohne Commissionsberatung und mit großer Mehrheit angenommen wird. In Sachsen planen die Conservativen und Nationalliberalen unterstützt von der sächsischen Regierung ein ganz unerhörtes Vergehen auf das bestehende Landtagswahlrecht. Das vresächsische Dreiklassenwahlrecht soll an seine Stelle treten, das heißt Bismarck das elenkerste aller Wahlssysteme genannt hat und von dem die sächsische Regierung 1886 gesagt hat, daß es durchaus nicht richtig sei, es in Sachsen einzuführen. Es ist daselbst Dreiklassenwahlrecht, daß die sächsischen Nationalliberalen im Jahre 66 auf das Entschiedenste bekämpft haben. Seiner Zeit haben die Liberalen gefordert, daß für den sächsischen Landtag das Reichstagswahlrecht wie es für den norddeutschen Bund galt, eingeführt werde. Selbst der conservative Herr von Könnertig bezeichnete damals das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für eine Nothwendigkeit. Heute ist die Stimmung umgeschlagen. Heute erklärt Minister v. Meißner, daß er bereit sei, die Umliruz der Herren Schill und Meißner zu erfüllen und das Dreiklassenwahlrecht da einzuführen, wo bisher ein erträgliches Wahlrecht geherrscht hat. Es ist derselbe Herr Meißner, den Sie früher im Reichstag bewundert haben, es ist der Schwiegersohn desselben Mannes, der als Vicepräsident, umgürtet mit der berühmten weißen Weste — Herr Ackermann — hier im Reichstag präsidiert hat. Die Herren Ackermann, Meißner und Schill proclamiren dadurch, daß sie den heutigen Zustand in Sachsen beibehalten wollen, nichts mehr und nichts weniger, als daß sie sich vor der Socialdemokratie, vor der kleinen Minorität von 14 Abgeordneten ihre Ruh haben wollen. Daß die sächsische Regierung ihre Grundzüge vor 60 verleugnet, zeigt, daß böse Beispiele gut Sitten verderben. Der frühere Polizeiminister von Rostig Willmuth hat das heute bestehende Wahlgesetz mit schiffen und vertreten helfen. Heute kommt kein Nachfolger, Herr von Meißner und macht sein Compliment vor den Leuten, die die Politik des Herrn v. Stumm verfolgen, denn bei den sächsischen Ordnungsparteien hat Herr v. Stumm sehr gelegliche und dankbare Schüler gefunden. Die Schlußworte des Herrn v. Stumm wird sehr geschätzt von der sächsischen Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Ein besonders eifriger Schüler, der Stadtrath Ludwig Wolf, hat sogar direct die lex Stumm gefordert. Das wir sogar den Herren Schill und Meißner zu arg und sie verlassen sich darauf, daß die sächsische Regierung, die mit Hilfe des famosen Vorenngesetzes, dieses Jahres, wie Graf Hohenhausen es genannt hat, schon so außerordentliche Uolge in der Bekämpfung der Socialdemokratie erzielt hat — (Lafche des Präsidiums).

Präsident von Suol: Ich bitte den Redner, jetzt wieder von Sachsen auf den vorliegenden Entwurf zu kommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schoenlant: Daß die sächsische Regierung die Pläne durchführen wird, die sie für ihre Zwecke für nöthig erachtet, immer jeder treuen Staatsbürgergefühle hervor, schon sieht man sich nach Generalen dafür um, da hat der Reichstag die Aufgabe (Fortsetzung in der Beilage.)

Abg. Dr. v. Wolzlegler (Soz.) wünscht, daß auch dem politischen Boibe die freie Ausübung des Wahlrechts gewährleistet werde und ist für den Antrag. Die deutschen Unternehmern mögen auch bei der Wahl ihre Autorität gegen seine politischen Volksgenossen.

Abg. Gröber (Cent.) hält eine Commissionsberatung für überflüssig. Dem Abg. Bloß wolle er sagen, es sei sehr schwer festzustellen, was was ist und was nicht. Vom Plenum seien einmal Stimmzettel für weiß erklärt worden, die von der Wahlprüfungscommission als blaue bezeichnet worden waren. Zur allgemeinen Wahl, geht eine geheime Wahl, ohne sie ist keine allgemeine Wahl durchbar, das wolle er Herrn von Stumm erwidern. Das allgemeine Wahlrecht habe auch sehr gute Seiten, es würde die politische Parteien auf, es schärft die politische Erkenntnis. In dem politischen Wertreith der verschiedenen Parteien liegt die Garantie für culturellen Fortschritt. Gegenüber den Behauptungen der sächsischen Regierung das Dreiklassenwahlrecht anzuführen wolle er den bestimmten Ausdruck des Herrn v. Stumm einren der das Dreiklassenwahlrecht das alte Wahlrecht genannt hat. Ist es dem Herrn von Stumm wirklich um die Wahlrecht zu thun, so würde er doch für den Antrag. Bei einem einmüthigen Votum des Reichstags und der Bundesräthe müßte weniger hyperbhoris werden. Schlußwort will ich noch bemerken, daß man auch in Badenberg von einer Erweiterung der Sicherung des Wahlgeheimnisses gesprochen hat.

Abg. v. Stumm (Kp.) glaubt, daß vier Fünftel des deutschen Volkes für den Antrag wären. Die vorgelegenen

Wahlgesetze seien notwendig, um amtliche Wahlbeeinflussungen zu verhindern, wie sie besonders arg im Wahlkreise des Herrn von Karboff-Wels-Wartenberg bei der letzten Wahl vorgekommen seien. Nicht weniger als 30 Gemeindevorsteher hätten amtlich für Herrn von Karboff agirt. In Wahlkreise Meseritz-Bornitz hätte Gemeindevorsteher den Antifemiten die Versammlungssäle abgetrieben. Ebenso stimmt die Beeinflussung der ländlichen Wähler durch die Großgrundbesitzer. Künstlich gefaltete Stimmzettel hätten bei der Karboff'schen Wahl eine große Rolle gespielt. Der Abgeordnete von Stumm habe heute den geheimen Gedanken der ganzen Nation, die Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts auszusprechen (Widerspruch und Gelächter rechts). Der Vortritt für diese Absicht haben Ihre Beirungsgenossen in der sächsischen Kammer erbracht (Unruhe rechts). Ihre Partei geht damit um am allgemeinen Wahlrecht zu rütteln (Lärm rechts). Dieser Versuch gegenüber haben wir allen Grund, dem Ricker'schen Antrage zuzustimmen und zwar ohne Commissionsberatung.

Abg. Dr. Schoenlant (Soz.): Die allgemeine Lage ist allerdings darnach angethan, daß der hier vorliegende Antrag ohne Commissionsberatung und mit großer Mehrheit angenommen wird. In Sachsen planen die Conservativen und Nationalliberalen unterstützt von der sächsischen Regierung ein ganz unerhörtes Vergehen auf das bestehende Landtagswahlrecht. Das vresächsische Dreiklassenwahlrecht soll an seine Stelle treten, das heißt Bismarck das elenkerste aller Wahlssysteme genannt hat und von dem die sächsische Regierung 1886 gesagt hat, daß es durchaus nicht richtig sei, es in Sachsen einzuführen. Es ist daselbst Dreiklassenwahlrecht, daß die sächsischen Nationalliberalen im Jahre 66 auf das Entschiedenste bekämpft haben. Seiner Zeit haben die Liberalen gefordert, daß für den sächsischen Landtag das Reichstagswahlrecht wie es für den norddeutschen Bund galt, eingeführt werde. Selbst der conservative Herr von Könnertig bezeichnete damals das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für eine Nothwendigkeit. Heute ist die Stimmung umgeschlagen. Heute erklärt Minister v. Meißner, daß er bereit sei, die Umliruz der Herren Schill und Meißner zu erfüllen und das Dreiklassenwahlrecht da einzuführen, wo bisher ein erträgliches Wahlrecht geherrscht hat. Es ist derselbe Herr Meißner, den Sie früher im Reichstag bewundert haben, es ist der Schwiegersohn desselben Mannes, der als Vicepräsident, umgürtet mit der berühmten weißen Weste — Herr Ackermann — hier im Reichstag präsidiert hat. Die Herren Ackermann, Meißner und Schill proclamiren dadurch, daß sie den heutigen Zustand in Sachsen beibehalten wollen, nichts mehr und nichts weniger, als daß sie sich vor der Socialdemokratie, vor der kleinen Minorität von 14 Abgeordneten ihre Ruh haben wollen. Daß die sächsische Regierung ihre Grundzüge vor 60 verleugnet, zeigt, daß böse Beispiele gut Sitten verderben. Der frühere Polizeiminister von Rostig Willmuth hat das heute bestehende Wahlgesetz mit schiffen und vertreten helfen. Heute kommt kein Nachfolger, Herr von Meißner und macht sein Compliment vor den Leuten, die die Politik des Herrn v. Stumm verfolgen, denn bei den sächsischen Ordnungsparteien hat Herr v. Stumm sehr gelegliche und dankbare Schüler gefunden. Die Schlußworte des Herrn v. Stumm wird sehr geschätzt von der sächsischen Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Ein besonders eifriger Schüler, der Stadtrath Ludwig Wolf, hat sogar direct die lex Stumm gefordert. Das wir sogar den Herren Schill und Meißner zu arg und sie verlassen sich darauf, daß die sächsische Regierung, die mit Hilfe des famosen Vorenngesetzes, dieses Jahres, wie Graf Hohenhausen es genannt hat, schon so außerordentliche Uolge in der Bekämpfung der Socialdemokratie erzielt hat — (Lafche des Präsidiums).

Präsident von Suol: Ich bitte den Redner, jetzt wieder von Sachsen auf den vorliegenden Entwurf zu kommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schoenlant: Daß die sächsische Regierung die Pläne durchführen wird, die sie für ihre Zwecke für nöthig erachtet, immer jeder treuen Staatsbürgergefühle hervor, schon sieht man sich nach Generalen dafür um, da hat der Reichstag die Aufgabe (Fortsetzung in der Beilage.)

Volks-Versammlung

Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Tivoli“, Neudorfstraße.

Tagordnung: 1. Der agrarische Raubzug auf die Tischen des Volkes! Referent: Rudolphsagen-Duet-r H. M. Akenbahr. 2. Diskussion. Frauen sind eingeladen.

Stadt-Theater. (Piere von Henri.)

Lobe-Theater. (Die Schale der Franken. Comische Guckel.)

Victoria-Theater. (Budapester Possen-Theater.)

„Harmonie“. (Kapitän: Große Künstler-Vorstellung.)

Schuhmacher! Billigen Sohlen-Ausschnitt.

M. Kalischer. (Kasselerstraße 16.)

Coffee. (Jeden Donnerstag.)

Proben-Coffee. (Jeden Donnerstag.)

Thee. (Jeden Freitag.)

Reste-Thee. (Gläser nicht starklicher.)

Teichmann & Co. (Kasselerstraße 16.)

Todes-Anzeige. (Jeden Donnerstag.)

Johann Meitze. (Der Verband der Zimmerer Deutschlands.)

Grosse Volks-Versammlung. (Freitag, den 31. Januar rr., Abends 8 Uhr.)

Das kommunistische Manifest. (Preis 15 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Ohlau. (Arbeiterverein für Ohlau u. Umgegend.)

Stiftungsfest. (15. Februar d. J., im Gasthaus „goldene Krone“.)

Kornemann's Etablissement. (116, Gräbichenerstraße 116.)

Zur Haucher! Zwei Tage Staatsdebatte. (Preis 15 Pfennige.)

August Siebeneichler. (Preis 15 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

Die Geschichte des britischen Trade Unionismus. (Preis 75 Pfennige.)

